

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 4. September 2014

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

**33 2014.RRGR.15 GR-Beschluss
Grossratsbeschluss über die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen**

Beilage Nr. 23

Präsidentin Béatrice Struchen übernimmt wieder den Vorsitz.

Präsidentin. Nous passons à la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques, bonjour M. Neuhaus. Affaire 33 «Arrêté du Grand Conseil fixant le nombre de postes d'ecclésiastiques rémunérés par le canton». M. Pfister a la parole pour la Commission des finances et j'aimerais aussi vous informer que, sur la table à l'extérieur, il y a une pétition qui a été déposée par M. Valentin Oehen et cette pétition est signée seulement par lui. M. Pfister, vous avez la parole et je vous rappelle que nous sommes en débat libre.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Wir haben hier eine Vorlage, welche dazu dient, über die Anzahl der vollamtlichen pfarramtlichen Stellen zu befinden. Diese finanziert der Kanton, weil der Kanton hierfür zuständig ist. Warum ist diese Vorlage jetzt hier? Letztes Jahr, während der Debatte zu den ASP-Massnahmen, hat die Finanzkommission eine Kürzung im Umfang von insgesamt 5 Mio. Franken vorgeschlagen. 2 Millionen davon wären auf das Jahr 2014 entfallen, und je 1 Million auf die Jahre 2015–2017. Für die betroffenen Pfarrstellen und für die JGK wäre es nicht sehr einfach gewesen, dies blitzschnell umzusetzen, nicht zuletzt auch aufgrund der gesetzlichen Grundlagen. Deshalb haben wir heute diese Vorlage. Wir haben diese Pfarrstellen in die Finanzplanung aufgenommen. Wir hatten mit dem Synodalrat vorher keinen Kontakt, weshalb dieser sehr überrascht und auch frustriert war. Doch die Mitglieder des Synodalrats haben eingesehen, dass auch sie zu den Einsparungen beitragen müssen, und sie haben sehr konstruktiv dabei geholfen, eine Lösung zu finden. Die Lösung, welche wir heute präsentieren, ist das Optimum und erfüllt die Vorgaben. Es geht um 27,5 Pfarrstellen, welche in den kommenden Jahren abgebaut werden. Dabei soll niemandem gekündigt werden. Die Finanzkommission hat diesem Geschäft mit 14 gegen 0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Ich hoffe, dass auch das Plenum dieser Vorlage zustimmen kann.

Präsidentin. Je n'ai pas encore de porte-parole de groupes. Ce n'est pas contesté, il n'y a donc pas de groupes qui veulent la parole. (*Unruhe*) – M. Etter, c'est à vous. Ce n'est pas contesté, mais vous prenez quand-même la parole. Vous avez le droit.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich möchte diese Vorlage nicht etwa bestreiten, im Gegenteil, ich unterstütze sie und möchte nur ein paar Gedanken dazu äussern. (*Die Präsidentin läutet die Glocke.*) Sie erinnern sich an die ominöse Tabelle mit dem Benchmark, welche wir letztes Jahr erhalten haben. Man hat dabei die Kosten vergleichbarer Kantone einander gegenübergestellt. Mit 191 Prozent waren die Kosten im Bereich «Kirche» in Bern beinahe doppelt so hoch wie in vergleichbaren Kantonen. Dass diese Zahl kirchenkritischen Grossrätinnen und Grossräten aufgefallen ist, hat uns nicht erstaunt. Für mich stellt sich hingegen die Frage, ob man die Kosten der einzelnen Kantone überhaupt vergleichen kann. In einigen Kantonen beispielsweise haben wir eine vollständige Trennung von Kirche und Staat. In anderen Kantonen wiederum bezahlt der Kanton den Gebäudeunterhalt der Kirchen, und so weiter. Es ist somit sehr fraglich, ob die Zahlen überhaupt vergleichbar sind bei so unterschiedlichen Systemen. Wer sich mit dem Thema befasst, stellt fest, dass es sehr

schwierig bis unmöglich ist, diese Zahlen zu vergleichen. Jeder Kanton hat ein anderes Finanzierungssystem. Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrats vollumfänglich zu. Wir sind auch einverstanden mit der Verlängerung der Frist für den Stellenabbau bis zum Jahr 2019. Die Gründe für die Verlängerung sind ja bekannt. Ich möchte an dieser Stelle jedoch Folgendes erwähnen: Wenn wir bis 2019 wie geplant Pfarrstellen abbauen, haben wir zwischen 2000 und 2019 15 Prozent aller Pfarrstellen abgebaut. Ich möchte sehen, an welchem Ort in der Verwaltung in diesem Zeitraum 15 Prozent der Stellen abgebaut worden sind. Wir warten gespannt auf den versprochenen Bericht zum Verhältnis von Staat und Kirche, welcher bis Ende Jahr erscheinen soll. Als überzeugter Protestant habe ich mich intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Die Kirche besteht nicht nur aus der sonntäglichen Predigt und gelegentlichen Hochzeitsfeiern und Beerdigungen. Die Kirche – namentlich die Pfarrleute – übernehmen zahlreiche soziale Aufgaben. Die Kirche unterhält und finanziert auch Ehe- und Familienberatungsstellen. Im ZGB Artikel 71 steht geschrieben, dass dies eigentlich Aufgabe des Kantons wäre. Die Kirchgemeinden unterhalten auch die Kirchen als Gebäude, was ebenfalls eine kantonale Aufgabe wäre. Wir müssten einmal eine Auslegeordnung vornehmen und schauen, wer was in welchem Umfang finanziert, wenn wir noch weiter über die Pfarrerröhne sprechen wollen. Wir stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu, sind aber der Meinung, dass weitere Kürzungen in diesem Bereich nicht mehr zu verantworten sind.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Ich bin nicht hier, weil ich dieses Geschäft bestreiten möchte, im Gegenteil. Doch es ist der Stellenwert des Geschäfts, der legitimiert, dass man etwas dazu sagt. Es handelt sich hier um eine ASP-Massnahme, welche durchaus auf Kurs ist, zumindest im Rahmen des Betrags, den man avisiert hat. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Terminplan nicht eingehalten werden kann. Dieser Terminplan kann aus erklärbaren Gründen nicht eingehalten werden. Es geht dabei um Kündigungsfristen und um längerfristige Abmachungen, die zum Beispiel im Zusammenhang mit der Fusion von Kirchgemeinden getroffen wurden. Wir können diesem Geschäft einstimmig zustimmen. Im Namen der Fraktion möchte ich auch meinen Dank für die Umsetzung dieses ASP-Geschäfts aussprechen. Man hat dieses Geschäft nicht einfach vollzogen, sondern in Absprache mit den beteiligten Landeskirchen und den kirchlichen Verbänden aufgegleist. Es wird von diesen Kreisen auch getragen. Dies erscheint mir wichtig. Wir haben im Kanton Bern eine besondere Ausgangslage mit unserer Regelung zu den kirchlichen Gütern und der Finanzierung der Geistlichen. (*Die Präsidentin läutet die Glocke.*) Der Abbau wird auch Konsequenzen haben für die Zusammenarbeit der politischen Gemeinden mit den Kirchgemeinden. Einige Beispiele von betroffenen Aufgabenbereichen wurden bereits erwähnt. Doch ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg mit diesem Antrag, welchen wir einstimmig gutheissen.

Roberto Bernasconi, Malleray (SP). Je serai bref. Comme vous l'avez déjà entendu, la planification fixant le nombre de postes d'ecclésiastiques a été un processus de compromis et elle n'est en principe contestée par personne. A la Commission des finances, nous avons reçu les membres du clergé qui ont discuté avec nous leur proposition. Juste une précision concernant le Jura bernois, vous avez peut-être constaté qu'il n'y a pas de diminution de postes dans le Jura bernois, c'est simplement que ces diminutions ont déjà eu lieu pendant les années passées, et que, actuellement, cela correspond aux nouvelles choses. Par contre, une question que l'on devra se poser à l'avenir, c'est que si ce compromis a été trouvé, c'est parce que, également, il y a une pénurie dans ces emplois et que, dans un avenir proche, on n'aura plus assez de pasteurs et de curés dans nos paroisses.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Wir begrüßen die Vorlage. Als aus unseren Kreisen zum ersten Mal gefordert wurde, dass man bei den Kirchen auch hinschaut, hätte man den Eindruck gewinnen können, die Welt – oder vielmehr der Himmel – gehe unter, und eine Reduktion sei völlig unmöglich. Doch die Reduktion hat eben auch damit zu tun, dass immer weniger Leute die wichtigen Angebote der Kirche in Anspruch nehmen. Wenn wir beispielsweise weniger Kinder haben, stellt auch niemand in Frage, dass es weniger Lehrer braucht. Deshalb musste man auch hier die Konsequenzen ziehen. Dies wurde richtig gemacht. Es ist klar, dass es vielleicht etwas mehr Zeit braucht. Auch damit können wir uns einverstanden erklären. Wir danken für diese Vorlage, und wir werden sie sicherlich annehmen.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Ich denke, es ist wichtig, dass wir als EVP-Fraktion unsere Meinung auch noch kundtun, wie es die anderen Parteien getan haben. Wir haben von Anfang an gesagt,

dass wir es gut finden, dass die Kirchen sich auch an diesen Sparbemühungen beteiligen. Wir haben jedoch auch gesagt, dass dies auf einer guten Grundlage geschehen soll. Wir erwarten, dass das Zusammenspiel der Gesellschaft weiterhin funktioniert und dass sich die Kirche an den Massnahmen beteiligt, und wir begrüßen die vorgesehene Umsetzung. Wir sind auch nicht erstaunt darüber, dass es etwas länger dauert, als es geplant war. Für uns ist der Bericht auch sehr wichtig, welcher im Jahr 2015 erscheinen wird. Er dient dazu, das weitere Vorgehen festzulegen. Es ist klar, dass die Anzahl der Mitglieder der reformierten, aber auch der katholischen Kirche einen Einfluss hat auf die Besoldungsstellen. Für uns von der EVP ist es wichtig, dass man diesen Weg geht, und dass man dies mit der nötigen Sorgfalt tut.

Präsidentin. C'est à M. Wüthrich à titre personnel. Vous avez trois minutes.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Ich möchte nur kurz daran erinnern, weshalb wir diese Pfarrstellen überhaupt bezahlen. Wir sprechen hier über ein Geschäft, welches die Folge eines Dekrets ist aus dem Jahr 1804, als der Kanton Bern die Kirchengüter übernommen hat. Das war gut so, wir könnten es uns heute gar nicht mehr anders vorstellen. Zum Thema Sparen möchte ich noch an Folgendes erinnern: Der Regierungsrat hat 1874 gesagt, die Summe der Pfarrstellen, welche der Kanton übernehme, sei etwas hoch. Sie sei etwas höher als es 1804 vereinbart worden sei. Wir müssen uns deshalb fragen, ob die Anzahl Stellen noch dem entspricht, was 1804 vereinbart wurde. Ich bin der Meinung, dass es eine rechtliche und eine politische Klärung braucht, um herauszufinden, was der Vertrag von 1804 für die heutige Zeit bedeutet. Dann können wir darüber sprechen, ob wir noch weiter sparen sollen oder nicht. Es wurde vorhin vom BDP-Sprecher erwähnt, dass es unterstützungswürdig sei, was die Kirche im sozialen Bereich leiste. Dies sieht auch meine Fraktion so. Doch die Frage stellt sich, ob es richtig ist, dass wir die Kirchen im Kanton Bern unterstützen, indem wir Leute finanzieren, die religiöse Aufgaben übernehmen. Die sozialen Arbeiten gehören nämlich nicht unbedingt zum Pflichtenheft der Pfarrerinnen und Pfarrer. Sie sollten einmal ein solches Pflichtenheft lesen. Diese Arbeiten werden von vielen Freiwilligen sowie von anderen professionellen Angestellten der Kirchen geleistet. Diese bezahlen wir nicht, wir bezahlen explizit die Pfarrerinnen und Pfarrer. Wenn wir nun als Staat diese sozialen Aufgaben mitfinanzieren wollen, müssen wir dies anders angehen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir diese Diskussion mit dem erwähnten Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat besser werden führen können. Es geht nicht darum, dass wir die Kirchen im Kanton Bern nicht mehr unterstützen wollen, sondern dass wir sie anders unterstützen. In jedem Betrieb sind diejenigen Personen am wichtigsten, die vorne an der Front stehen. In den Kirchen sind dies die Pfarrerinnen und Pfarrer. Ich finde, dass die Kirchen diese auch selber bezahlen und mit ihnen selber Arbeitsverträge aushandeln sollen. In diesem Sinne hoffe ich weiterhin auf die Gesprächsbereitschaft der Landeskirchen. Ich freue mich bereits auf die Diskussionen, die wir gemeinsam mit den Landeskirchen führen werden.

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Ich ergreife das Wort, weil ich im Rahmen der ASP-Debatte für die EVP den Antrag vertreten habe, dass man den Bericht abwarten soll, bevor man Massnahmen in diesem Bereich ergreift. Der Kirchendirektor hat uns schon damals darauf hingewiesen, dass es nicht möglich sein werde, diese Massnahmen in der vorgesehenen Zeitspanne umzusetzen. Es ist einerseits gut, dass der Rat diese Einschätzung teilt und die Massnahme massvoll umsetzt. Allerdings bin ich beim Lesen des Vortrags des Regierungsrats über etwas gestolpert. Ich habe nochmal geschaut, welche Planungserklärung im letzten Herbst tatsächlich überwiesen worden ist. Jene der FiKo stand der Erklärung der bürgerlichen Fraktionen gegenüber. Gewonnen hat die Planungserklärung der SVP, BDP, FDP und EDU, welche eine kontinuierliche Senkung verlangt hat. Im Vortrag des Regierungsrates wird jedoch auf die Zahlen aus dem FiKo-Antrag Bezug genommen, welcher konkrete Zahlen genannt hat. Dies hat mich irritiert, weil es nicht so beschlossen wurde. Doch es ändert nicht viel an der Sache. Man kann den Begriff «kontinuierlich» ja auch so interpretieren. Nur hätte ich den Bericht gerne gehabt, bevor wir Massnahmen beschliessen. Deshalb werde ich mich der Stimme enthalten.

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektor. Ich wollte zuerst nichts sagen, doch da jetzt eine kirchenpolitische Debatte läuft, erlaube ich mir trotzdem, ein paar Worte hinzuzufügen. Das Wichtigste vorweg: Seit dem Jahr 2000 hat die Kirche bereits rund 15 Prozent eingespart. Wir können den Terminplan aus bekannten Gründen nicht einhalten, doch die ASP-Massnahme wird umgesetzt. Allerdings regt es mich auf, dass man immer nur von jenen spricht, die

der Kirche den Rücken zuwenden. Die Kirchen haben noch rund 750 000 Mitglieder im Kanton Bern, welcher über rund eine Million Einwohner verfügt. Man sollte auch über jene sprechen, welche der Kirche nicht den Rücken zuwenden. Die Anzahl Katholiken ist sogar gestiegen, und die katholische Kirche übernimmt im Ausländerbereich eine wichtige Integrationsfunktion. Ich muss auch sagen, dass die Kirchen zu dem Abbau Hand geboten haben, obwohl das immer wieder anders kolportiert wird. Es wird behauptet, die Kirchen hätten sich mit allen Mitteln gewehrt und nur zähneknirschend zugestimmt, doch dies stimmt nicht. Sie tragen diese Sparmassnahme mit, auch wenn sie keine Freude daran haben. Auch ich habe keine Freude daran, dass der Bericht erst im nächsten Jahr in den Grossen Rat kommt. Mir wäre es lieber gewesen, wenn wir zuerst den Bericht gehabt und anschliessend Massnahmen beschlossen hätten, doch die JGK trägt die Massnahmen loyal mit. Ich wäre froh, wenn wir sie im vorgesehenen Tempo umsetzen könnten. Wir wollen ja möglichst keine Abgangsentschädigungen und Übergangsrenten bezahlen, weil die Stellen zu früh gestrichen wurden. Ich bitte Sie deshalb, diesem GRB zuzustimmen.

Präsidentin. Nous passons tout de suite aux délibérations, article par article, sur cet arrêté sur le nombre de postes d'ecclésiastiques rémunérés par le canton.

Detailberatung

Art. 1–7

Angenommen

Titel und Ingress

Angenommen

Kein Rückkommen

Präsidentin. Nous passons au vote final sur cet arrêté. Ceux qui acceptent cet arrêté votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 133

Nein 4

Enthalten 3

Präsidentin. Vous avez accepté cet arrêté. J'aimerais aussi vous annoncer que le lundi 8 septembre une marche sera organisée par Mme Sandra Kunz et d'autres pasteures pour montrer leur mécontentement. Cette marche commencera au Waisenhausplatz à midi et se terminera à 14 heures à l'Hôtel du gouvernement. Une lettre sera remise à M. Neuhaus et à moi-même à cet effet.

Comme j'ai pu le constater, nous avons aussi des enfants sur la tribune des visiteurs, je vais parler en allemand, même si ce doit être les premiers enfants qui ont eu du Frühfranzösisch. Also, liebe sechste Klasse von Frau Schlapbach vom Schulhaus Pestalozzi, seid willkommen bei uns! Ich hoffe, ihr genießt diesen Moment mit uns. Alles Gute. (*Applaus*).